

Medien-Information

Donnerstag, 19. Februar 2026

Bildungsoffensive: Weniger Unterrichtsausfall in der Mittelstufe, mehr Unterricht in der Oberstufe, Gründung eines Azubiwerkes

KIEL. Das Land Schleswig-Holstein setzt heute (19. Februar) ein starkes Zeichen für die Zukunft seiner Schülerinnen und Schüler. Als ein Teil des Maßnahmenpakets „Stark von Anfang an: Mit bester Bildung und Betreuung“ stärkt die Landesregierung ab dem Schuljahr 2026/27 die Unterrichtsversorgung und investiert in die Ausbildungsförderung. Insgesamt circa 20 Millionen Euro fließen in die Verbesserung der Unterrichtsversorgung an Gemeinschaftsschulen und Gymnasien sowie in die Schaffung eines „Azubiwerkes“.

Durch die Bereitstellung von 254 zusätzlichen Lehrkräftestellen – davon 200 für die Sekundarstufe I – steigt die Unterrichtsversorgung an allen weiterführenden Schulen auf 103 Prozent. Mehr Lehrkräfte bedeuten weniger Unterrichtsausfall: „Mit dieser Reserve für Vertretungsunterricht sorgen wir dafür, dass der Unterrichtsausfall in der Sekundarstufe I noch einmal spürbar sinkt“, betont Bildungsministerin Dr. Dorit Stenke. „Unser Ziel ist klar: Alle Schülerinnen und Schüler sollen erfolgreich ihren Abschluss schaffen. Wir handeln da, wo wir großen Einfluss darauf nehmen können.“ Dafür sollen die Schulen in Zukunft alle über ein Vertretungskonzept verfügen. Wenn die zusätzlichen Lehrkräfte nicht für Vertretungsunterricht benötigt werden, können sie die Schülerinnen und Schüler zukünftig noch besser und gezielt fördern, wo dies benötigt wird. Das können Doppelbelegungen von Lehrkräften in einer Unterrichtsstunde sein oder zum Beispiel zusätzliche Bildungsangebote für die Abschlussvorbereitung von Schülerinnen und Schülern.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Oberstufenverordnung der elften Jahrgangsstufe. Sie bleibt unverändert. Auf Basis der Verbändeanhörung wird das Ministerium die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer Geschichte, Religion/Philosophie und die weitere Fremdsprache in der bisherigen Stundenzahl beibehalten und damit auf die gesellschaftlich herausfordernden Zeiten reagieren. „Wir haben zugehört und reagieren nun auf die angeführten Argumente“, begründet die Ministerin die Entscheidung.

Das „Azubiwerk“ wird die Situation für Auszubildende verbessern und dadurch gleichwertige Chancen für die berufliche Bildung schaffen. Es sorgt für bezahlbaren Wohnraum, finanzielle Unterstützung und wichtige Beratungsangebote. Damit schaffen wir gleiche Bedingungen für die berufliche und akademische Ausbildung in unserem Land. Dafür sollen jährlich sieben Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden.